

betreffend Sorge um Arbeitsplätze beim Gewerbe durch das restriktive Wohnschutzgesetz

Seit Monaten werden immer wieder Vorfälle publik, die aufzeigen, dass das neue Wohnschutzgesetz in der Umsetzung sehr negative Auswirkungen hat. Am Anfang waren es Vermieter, die bestehenden Wohnraum nicht mehr umbauen oder sanieren konnten und gar für den Einbau einer neuen Waschmaschine in einer Wohnung eine Bewilligung brauchen. Dann folgten Meldungen von Investoren und Bauherren, die keinen neuen Wohnraum mehr erstellen konnten, weil sich die Wohnschutzkommission gegen den Abbruch einer Liegenschaft stellte und gar klimapolitische Aspekte als Begründung lieferte. Auch machten Meldungen die Runde, dass sich Bau-Investoren aus dem Kanton Basel-Stadt ganz zurückziehen würden. Die neusten Meldungen weisen stark darauf hin, dass das Abwarten der Investoren oder der Vermieter jetzt auch konkret Arbeitsplätze in Gewerbeunternehmen gefährdet. Es wird befürchtet, dass durch die Vergrößerung des Sanierungsstaus und die zunehmende Zurückhaltung von Investoren konkret Arbeitsplätze gefährdet und dass es bald zu Stellenabbau in Unternehmen kommt.

Aufgrund der Meldungen aus Gewerbe und Investoren müssen wir mittlerweile von einem Notstand sprechen. Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Sorge, dass es durch das Wohnschutzgesetz bald zu Stellenstreichungen bei Gewerbebetrieben kommen könnte? Falls ja, was könnte die Regierung kurzfristig tun, damit die Befürchtung nicht Realität wird?
2. Ist der Regierungsrat bereit, umgehend Massnahmen (z.B. eine Taskforce gegen den Sanierungsstau) in die Wege zu leiten, damit sich die Situation entschärft und Arbeitsplätze gesichert werden können?
3. Teilt der Regierungsrat die Befürchtung, dass durch das restriktive Wohnschutzgesetz auch das Ziel, deutlich mehr Wohnraum im Kanton zu schaffen, gefährdet ist?

Daniel Seiler